

Lederers Genossenschaftsmodell – eine andere Art von Privatisierung

Klaus Lederer von der Linken in Berlin schlägt im Rahmen der Rekommunalisierung der Wasserbetriebe ein Genossenschaftsmodell vor. Der Berliner Wassertisch lehnt dieses Modell ab, weil es im Wesentlichen eine andere Art von Privatisierung darstellt.

Im Einzelnen liegen folgende Gründe zur Ablehnung vor:

1. Das Genossenschaftsmodell führt dazu, die bestehende Holding-Konstruktion, die jetzt unter enormen politischen Druck gerät, zu erhalten! Das ganze Vertragsgeflecht soll laut Lederer erhalten werden, und es soll zusätzlich durch Abgabe von (nur mittelbar stimmwirksamen) Anteilen an Berlinerinnen und Berliner mit neuer Legitimation versehen werden. Die BerlinerInnen sollen damit gelockt werden, selbst Profiteure der unanständigen, aller Voraussicht nach auch ungesetzlichen garantierten Rendite zu werden. Die in Aussicht stehende Rendite ist entsprechend der "Disproportionalität" bei der Gewinnverteilung in den Verträgen zwar deutlich geringer als für RWE und Veolia, aber sie soll nicht gekippt werden, sondern in Form zusätzlicher Anteilsinhaber (mit Renditeansprüchen) zusätzlich gestützt werden.

2. Der Senat und das Abgeordnetenhaus sind bereits jetzt unsere gewählten Vertreter, die in den BWB unsere Anliegen zu vertreten haben! Und da sie die Mehrheit haben, bedeutet das, dass sie die Anliegen der Wähler entsprechend durchsetzen müssen. Der Verkauf von Genossenschaftsanteilen an Privatpersonen ist eine weitere Privatisierung! Das Land Berlin verringert damit (sofern das rechtlich überhaupt möglich ist) seinen Anteil weiter!

3. Das Wasser gehört uns, Wasser als Gemeingut ist unverkäuflich! Wir müssen das Wasser nicht noch einmal kaufen, auch nicht in Form von Genossenschaftsanteilen. Nichtsdestotrotz ist es 1999 gelungen, Rechte an der Wassernutzung und -verwertung zu verkaufen. In der Folge zahlen wir enorme Gebühren.

4. Es ist eine gängige neoliberale Praxis, bei Privatisierungen irrelevant kleine Anteile an Aktien oder Anteilen an die Belegschaft oder eventuell auch an Kunden abzugeben! Der Volksaktienvorschlag im Zuge des vorgesehenen Bahn-Börsengangs war das letzte spektakuläre Beispiel. Mit der Ausgabe von weniger als 10% der Anteile soll der Eindruck von möglicher Mitbestimmung erweckt werden, dem grundsätzlichen Widerstand wird die Spitze gebrochen. Es ist kein einziges Beispiel bekannt, wo mit Hilfe von Belegschafts- oder "Volks"aktien eine spätere Unternehmensentscheidung gekippt werden konnte. Selbst die wenigen Prozent bleiben meist nicht lange in Kunden- oder Belegschaftsbesitz. Meist reduziert sich der Anteil durch Weiterverkäufe innerhalb weniger Jahre von 10% auf unter 2%.

5. Genossenschaften können gut gesellschaftliche Aufgaben übernehmen - für das Berliner Wasser sind sie als Rechtsform ungeeignet! Genossenschaften organisieren für die Mitglieder das Gemeineigentum der Mitglieder. Das Gemeineigentum der Genossen schließt alle Nicht-GenossInnen von der Mitbestimmung und auch der Nutznießung aus. Das ist genau der Punkt, wo sich das Gemeineigentum von Gemeingütern unterscheidet. Bei Gemeingütern ist ein Ausschluss nicht zulässig. Zahlreiche Banken haben die Gesellschaftsform der Genossenschaft. Es ist nicht bekannt, dass es bei einer dieser Banken einer Gruppe Genossenschaftsanteil-Inhaber eine relevante Einflussnahme auf die Geschäftspolitik gelungen ist. Die Genossenschaft ist für die Organisation der demokratischen Kontrolle über Gemeingüter ungeeignet, als Partikel in der Berliner Wasser-Holdings-Konstruktion erst recht.

6. Transparenz statt abenteuerlicher Vertrags-Konstruktionen! Die Holding-Konstruktion der BWB an sich ist schon abenteuerlich komplex. Genau das hat mit dazu geführt, dass nicht der Mehrheitseigentümer Berlin das Sagen hat, sondern die privaten Anteilsinhaber. Was

nun mit dem Genossenschaftsmodell noch zusätzlich implementiert werden soll, macht das Ganze noch einmal verknoteter. Die BerlinerInnen haben sich denkbar deutlich für Transparenz ausgesprochen. Eine derartig ineinander verschachtelte Konstruktion wie das Geflecht rings um die BWB war ja genau der Grund, weswegen es 11 Jahre lang möglich war, für die BürgerInnen relevante Informationen geheim zu halten. Macht man es jetzt noch komplexer, dann sinkt auch die Transparenz weiter. Demokratische Kontrolle bedeutet: eine einfache, praktikable, bürgernahe Organisationsform auswählen und umsetzen. Den ganzen Wasserkopf an Firmen, Holding, stillen Gesellschaftern etc. braucht man für diese Kontrolle nicht, im Gegenteil: genau diese behindern erfolgreich die Kontrolle.

Kontakt:

Rainer Heinrich, Tel: 34 33 32 32

Ulrike Kölver, Tel: 217 25 07

Michel Tschuschke, Tel: 784 59 41, 0163-664 87 39